

GRUNDSATZPAPIER zur ENERGIEWENDE / EEG-Reform

1. Was ist die Energiewende ?

Der reale Umbau unseres Energieversorgungssystems ist notwendig, weil:

- a) die Belastung der Umwelt durch Abbau von fossilen Energieträgern, deren Transport, Weiterverarbeitung, Lagerung und Verwendung zu schwerwiegenden Folgen für Klima, Ernährung und Gesundheit aller Lebewesen auf diesem Planeten führen
- b) es zu ständigen politischen Auseinandersetzungen und kriegerischen Konflikten über Besitz, Abbau, Transport und Belastungen von Umwelt und Menschen kommt
- c) die fossilen Energieträger endlich sind
- d) die nukleare Energieerzeugung offenbar nicht hinreichend beherrschbare Gefahren für Mensch und Umwelt birgt und die Endlagerung des radioaktiven Mülls ungeklärt ist

Die sog. „Energiewende“ ist bislang primär eine PR-Veranstaltung der Regierung ist. Die politischen Ziele sind: Der Bevölkerung zu deren Beruhigung und Manipulation vorzuspiegeln:

- i. dass die Regierung sich für den Umbau des Energieversorgungssystems einsetzt.
- ii. dass das Energieversorgungssystem von fossilen Energieträgern zügig auf erneuerbare Energien umgestellt wird
- iii. das durch diese Umstellung zwingend höhere Energiekosten entstehen

Die tatsächlichen Ziele der sog. „Energiewende“ sind:

- a) die Verlangsamung des Umbaus des Energieversorgungssystems auf allen Ebenen
- b) der Erhalt bzw. Steigerung der enormen Profite der Energiekonzerne
- c) der Erhalt bzw. die Steigerung der umfangreichen Staatseinnahmen aus Energiesteuern und Abgaben
- d) der Erhalt bzw. die Steigerung der lukrativen Parteienfinanzierung durch Energiewirtschaft und ihr nahestehende Wirtschaftszweige
- e) der Erhalt bzw. Ausbau der zahlreichen wirtschaftlichen und personellen Verflechtungen von Energiewirtschaft, Bund, Ländern und Gemeinden

Die Akteure sind:

- a) Die Bundes- und Landesregierungen sowie die Städte und Gemeinden
- b) Die Parteien (CDU, CSU, SPD, GRÜNE, FDP, LINKE)
- c) Die Energieversorgungswirtschaft (EVUs, Mineralölkonzerne, Netzbetreiber, Zulieferindustrie, etc.)
- d) Die Gewerkschaften (Bergbau, Chemie, etc.)
- e) Wissenschaft und Forschung (Hochschulen, Forschungsinstitute, Stiftungen)
- f) Die Medien (öffentlich-rechtlich und privat)
- g) Die Bürgerinnen und Bürger

2. Wer spielt welche Rolle ?

Die historisch gewachsenen Strukturen der Energieversorgung in unserem Land haben zu staatlich geduldeten, faktischen Energieversorgungsmonopolen (Strom, Mineralöl, Erdgas, Kohle) geführt, deren willkürlicher Preispolitik der private Verbraucher weitgehend ungeschützt ausgeliefert ist.

Der **Staat** profitiert in mehrfacher Hinsicht von diesen Strukturen durch hohe Einnahmen von Steuern und Abgaben, die ihm über die Energieversorgungswirtschaft zufließen. Zudem erhält er als Miteigentümer der Energieversorgungsunternehmen seinen Anteil am Gewinn.

Staat und Politik haben die Energiewende interessengeleitet zur Privatsache der Bürgerinnen und Bürger gemacht, indem sie die Großverbraucher der Industrie von Preiserhöhungen ausgenommen haben, wohl wissend, dass die Bürgerinnen und Bürger derartigen Manipulationen gegenüber durch entsprechende zielgerichtet geschaffene Regelungen und Gesetze nahezu wehrlos sind.

Die **Parteien** profitieren sowohl direkt über Parteispenden und andere Zuwendungen der Energiewirtschaft / Wirtschaft vom bestehenden Energieversorgungssystem. Zahlreiche Positionen in der Energiewirtschaft sind zudem mit aktiven und ehemaligen Politikern besetzt. Umgekehrt werden zahlreiche Funktionen in der Politik von ehemaligen oder aktuellen Mitarbeitern aus der Energiewirtschaft besetzt. So werden die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Wirtschaft direkt zu Zielen der Wirtschaftspolitik.

Da **Staat und Parteien** eng verflochten sind und beide vom bestehenden System profitieren, ist das politische Interesse an einer realen Veränderung des Energieversorgungssystems gering. Die direkten und indirekten Steuereinnahmen aus der Energiewirtschaft sind für den Finanzminister derzeit unentbehrlich. Da die Menschen / WählerInnen jedoch mehrheitlich die Veränderung der bestehenden Energieversorgungsstrukturen hin zu erneuerbaren Energien wünschen, ist es für die Politik notwendig diesem Wunsch scheinbar zu entsprechen.

Dies ist der Grund für die PR-Kampagne „Energiewende“.

Hinter dieser Kulisse bekämpft die Politik den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und stärkt die traditionellen Versorgungsstrukturen. So ist auch zu erklären, dass erneuerbare Energien bevorzugt in Großstrukturen wie Windparks gefördert werden, da diese das ökonomische Grundmodell der EVU's (zentral kontrollierte großtechnische Erzeugung und Verteilung) nicht in Frage stellen.

Die **Wirtschaft** ist auf den Erhalt ihrer Profite fokussiert. Durch die personelle und wirtschaftliche Verquickung mit der Politik kann sie diese auf Kosten von Menschen und Umwelt realisieren.

Dies muss nicht grundsätzlich negativ sein, denn es ist nicht auszuschließen, dass diese Ziele auch mit der Verfassung und den Interessen der Menschen übereinstimmen. Bedauerlicherweise hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass dies in der Regel nicht der Fall ist.

Dieser Zusammenhang steht z.B. hinter der Ausklammerung weiter Teile der energieverbrauchsintensiven Wirtschaft von der Übernahme der Kosten des Umbaus des Energieversorgungssystems. Hier wird bewußt auf realisierbare Einsparmöglichkeiten verzichtet um die Profite der Energiewirtschaft zu schonen.

Ebenso wenig ist die **Energiewirtschaft** an einer Änderung des Systems interessiert, da ihre Stellung als faktischer Monopolist ihr sehr hohe Gewinne und staatliche Subventionen garantiert. Diese Gewinne wiederum ermöglichen die stetige finanzielle Beeinflussung von Staat und Parteien auf breiter Front. Das System erhält und schützt sich auf diese Weise erfolgreich selbst.

Die **erneuerbare Energiewirtschaft** ist wirtschaftlich und politisch noch zu schwach um ihre Interessen gegen die etablierte Energiewirtschaftslobby wirksam durchsetzen zu können. Zudem ist sie durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von politisch bestimmten Förderprogrammen und dem EEG determiniert. Folglich wird dieses Gesetz, das erstmalig so etwas wie Chancengleichheit herzustellen versuchte, seit Jahren von CDU/CSU, FDP, Teilen der SPD, Regierung und Energiewirtschaft offen und hinter den Kulissen heftig bekämpft. In mehreren Schritten ist die Förderung so gestaltet worden, dass sie nun eher eine Behinderung darstellt, die insbesondere die private Beteiligung am Umbau der Energiewirtschaft verhindert.

Die **Gewerkschaften** sehen vor allem das Risiko der Gefährdung von traditionellen Arbeitsplätzen in Großunternehmen bei einem Strukturwandel in der Energiewirtschaft. Dort haben sie besonders hohe Organisationsgrade. Zudem sind sie organisatorisch schwerfällig und politisch kurzsichtig, was Umstellungen für sie tendenziell unerwünscht und schwer einschätzbar macht. Daher ist es auch ihnen recht, wenn sich der Wechsel von fossilen und nuklearen Energieträgern zu den Erneuerbaren möglichst langsam vollzieht.

Die **Medien** sind durch ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen nicht zu einer realistischen Darstellung der „Energiewende“ in der Lage. Die wirtschaftliche Abhängigkeit über Werbeeinnahmen und die politische Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Medien über die Gremien verhindern dies wirkungsvoll.

Die Berichterstattung orientiert sich daher im Wesentlichen an den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Energiewirtschaft/Wirtschaft und der Regierung/Parteien. Der Bürger erhält daher über die Medien primär interessengeleitete Informationen, oft nur wenige oder zusammenhanglose Teilinformationen, Halbwahrheiten und teils völlige Fehlinformationen. Nicht dargestellt werden meist Zusammenhänge, Abhängigkeiten, Hintergründe, Motivationen und Alternativ-Modelle; insgesamt fehlt hier fast völlig die Transparenz.

Die **Wissenschaft / Forschung** zerfällt bezüglich ihrer Rolle bei der Energiewende in zwei Bereiche:

- a) interessegeleitete Forschung im Auftrag von Energiewirtschaft und Staat
- b) freie Wissenschaft ohne Abhängigkeiten

Da Wissenschaft und Forschung Geld benötigen, erfolgt die Kontrolle der Wissenschaft durch Energiewirtschaft und Staat, über die gezielte Forschungsmittelvergabe. Unerwünschte Vorhaben werden nicht oder zu wenig finanziert, ihre Zielsetzung und die methodischen Ansätze zum Teil bis ins Absurde manipuliert. Die Ergebnisse werden meist nur in erwünschtem Umfang oder gar nicht publiziert.

Erwünschte Forschung dagegen wird mit erheblichem Aufwand gefördert und deren Ergebnisse, selbst bei offensichtlich unsinnigem oder wissenschaftlich nicht haltbarem Ergebnis, breit publiziert.

Missliebige Forschungsergebnisse werden zudem nicht selten durch interessegeleitete Forschung systematisch desavouiert. (gezielte Desinformation)

Verhindert wird die Schaffung von objektivierten Maßstäben mit denen die Bürger/Innen in der Lage wären Aussagen und Aktivitäten der handelnden Personen, Organisationen und Institutionen realistisch einzuschätzen.

Die **Bürgerinnen und Bürger** stehen mehrheitlich einer realen Energiewende positiv gegenüber. Sie haben bereits zahlreich in eigene oder Gemeinschaftsanlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien und/oder in Energiesparvorhaben investiert.

Durch viele widersprüchliche Informationen aus den verschiedenen Quellen sind sie jedoch oft verunsichert und daher manipulierbar. Der Staat nutzt dies ebenso wie die EVUs und die Mineralölkonzerne seit jeher, um z.B. wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Preiserhöhungen und Zusatzsteuern zu begründen.

Zudem werden immer wieder völlig unsinnige Gerüchte und Halbwahrheiten über erneuerbare Energien und Energiesparteknik verbreitet, mit dem Ziel die Bürger von Investitionen in diesen Bereichen abzuhalten oder diese zu verzögern. (... ohne Atomkraftwerke gehen die Lichter aus.)

Menschen, die in der traditionellen Energiewirtschaft ihr Einkommen erzielen, sehen einerseits ihre persönlichen wirtschaftlichen Interessen gefährdet, was nicht selten dazu führt, dass sie von der Energiewirtschaft für deren Interessen instrumentalisiert werden. Andererseits erkennen sie auch, dass der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes zahlreiche Risiken für andere aber auch für sich selbst und ihre Familien und die Umwelt gegenüberstehen.

Für die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht eine reale Energiewende daher neben den offensichtlichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen auch einen wichtigen Schritt hin zur **Energieautonomie**. Die bisherige Abhängigkeit der Verbraucher und Arbeitnehmer von den monopolistischen Strukturen des Strom-, Gas- und Mineralölmarktes könnte beendet werden und durch eine Mischung aus Selbst- und Netzversorgung - einem Markt der aus vielen kleinen und mittleren miteinander konkurrierenden Anbietern besteht - ersetzt werden. Damit würde auch der bisher staatsgelenkte planwirtschaftliche Energiemarkt wieder eine marktwirtschaftliche Steuerung erfahren. Zahlreiche neue Arbeitsplätze in mittelständischen Energieunternehmen können so entstehen. Der wichtigste Aspekt aber ist ein deutlicher **Zuwachs an persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung**.

3. Was derzeit geschieht (politisch, wirtschaftlich, medial)

Es wäre dringend notwendig, global eine Energiewende zu vollziehen. Die Katastrophen-Bilder aus Fukushima, den Philippinen oder aus den USA werden uns zwar von den interessengeleiteten Medien und Wissenschaftlern schön erklärt, was aber an der Realität wenig ändert. Die Atmosphäre heizt sich stetig auf. Der CO₂-Ausstoss steigt Jahr um Jahr auf neue Rekordhöhen und die weltweiten politischen und militärischen Auseinandersetzungen um Öl und Gas sowie deren Transportwege nehmen immer drastischere Formen an.

Die Preise für Dünger (oft ein Erdölprodukt), Heizung und Mobilität steigen stetig und zunehmend größere Teile der Weltbevölkerung, z.B. in Afrika, können sich diese Form der Energiewirtschaft nicht mehr leisten. Hunger, Not, Krankheit und Flucht in die Industrieländer sind die Folge dieser Entwicklung. Die Zerstörung ganzer Landstriche in Schwellenländern wie China, durch Abbau und Nutzung von fossilen Energieträgern schreitet scheinbar unaufhaltsam fort. (die derzeitige Tiefpreispolitik beim Erdöl ist Folge der politischen Auseinandersetzungen im nahen und mittleren Osten, es soll die westliche Wirtschaft gestärkt und der IS (und seine Unterstützer) geschwächt werden, der sich u.a. aus dem Erdölverkauf finanziert)

Medial finden diese Ereignisse lediglich als lokale Einzelfälle statt. Zusammenhänge werden selten aufgezeigt, Hintergründe kaum erklärt, Motivationen bleiben weitgehend intransparent.

Denn derzeit wird nicht nur in Deutschland massiv gebremst, weil die Bürger in weit größerem Umfang auf die Möglichkeiten, die erneuerbare Energien bieten, eingegangen sind als dies Energiewirtschaft und Staat erwartet hatten.

Zudem werden neue Erdölfunde und angeblich verbesserte Abbaumethoden (Fracking) als Grund für ein Beharren auf den bestehenden Strukturen angeführt, obwohl dies lediglich dazu führt, das die Vorräte etwas später zur Neige gehen, dies jedoch verbunden mit derzeit noch unkalkulierbaren Risiken.

Angeblich saubere Kohle- und Braunkohlekraftwerke sollen die weitere Verwendung der klimaschädlichsten Energieträger rechtfertigen. CO₂- Einlagerung in unterirdischen Kavernen soll dabei das Schadstoffproblem lösen. Antworten auf die zahlreichen offenen Fragen und ungelösten Probleme, die diesen unerprobten Ansatz begleiten, gibt es derzeit nicht.

Elektroautos werden der Öffentlichkeit als Mobilitätszukunft präsentiert. Doch solange der Strom für diese Fahrzeuge in konventionellen Kraftwerken erzeugt wird, sind sie tatsächlich wegen der Transferverluste nicht umweltfreundlicher als Benzin- oder Dieselangetriebene Fahrzeuge; (Erd-)gasbetriebene Fahrzeuge haben z.B. eine deutlich bessere Ökobilanz.

Durch Verteufelung von Erneuerbaren Energien á la „Spiegel“ und einseitige Dokumentationen und Artikel wird von den Medien gezielt die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger betrieben, um diese von entsprechenden Investitionen abzuhalten.

Es ist unschwer zu erkennen, dass die o.g. Problemstellung nicht innerhalb der bestehenden Strukturen unseres politischen und wirtschaftlichen Systems zu lösen sind. Wer z.B. sollte unter den gegebenen Bedingungen politisch eine wirksame Veränderung der Strukturen wollen und wer könnte sie dann durchsetzen?

LÖSUNGSANSÄTZE

Politisch ist dieses Problem nur zu lösen, wenn die Basisentscheidungen zur Energiewende:

- a) Plan zur Auswahl, Entwicklung und Nutzung von Technologien (Technik-Mix)
- b) Finanzierungsplan
- c) Zeitplan

außerhalb des derzeit bestehenden politisch-ökonomischen Kartells umfassend nach sachlichen Kriterien und mit langfristiger Perspektive getroffen werden.

Erforderlich wäre eine weiterentwickelte Demokratie 2.0, da die bestehende repräsentative parlamentarische Demokratie zunehmend durch Parteien- und Politikverdrossenheit, Wutbürger und schwache Wahlbeteiligung unter Legitimationsdruck gerät. Zahlreiche Fälle von Korruption, Betrug, Manipulation und Vetternwirtschaft tun ein übriges. Akzeptieren wir in diesem Zusammenhang, dass der Mensch sich in unserer extrinsisch gesteuerten Gesellschaft nur dann an Regeln hält, wenn er ein hohes Risiko sieht, erwischt und bestraft zu werden.

Dies führt weitergedacht zur flächendeckenden Einführung von Bürgerentscheidungen auf Bundes- Landes- und Kommunalebene.

Die Voraussetzung hierfür ist die Entwicklung einer neutralen Kommunikationsplattform, die es den Bürgern ermöglicht unbeeinflusst von Staat, Parteien, Wirtschaft und Medien zielgerichtet zu kommunizieren und Entscheidungen zu treffen. Das Internet bietet hierzu lediglich die technische Basis. Weit wichtiger ist die transparente Organisation des Diskussions- und Abstimmungsprozesses.

Der Weg würde über entsprechende Gesetzesänderungen zu Plebisziten auf Bundes- Landes- und Kommunalebene und der Organisation und Durchführung derselben führen müssen, was in den letzten 64 Jahren am Widerstand von Parteien und Lobbys sowie dem geringen Interesse der Bürgerinnen und Bürger gescheitert ist. Es ist daher wenig wahrscheinlich, auf diesem Weg erfolgreich sein zu können.

Wirtschaftlich ist eine Lösung möglich über die **Bündelung der Kapitalkraft der Bürger** und deren Einsatz zur Durchsetzung einer bürgerorientierten Energiepolitik. (das Volksvermögen in privater Hand liegt bei über 5 Billionen Euro)

Dies wäre innerhalb vertretbarer Zeiträume und innerhalb der Rechts- und Wirtschaftsordnung unseres Staates legal realisierbar, entweder als **Bürgerlobby und oder als Investmentfonds**. Dank hoher Monopolpreise im Energiemarkt ergibt sich für die Investoren eine hohe Kapitalverzinsung.

Die Bürgerlobby könnte dank umfangreicher Mittel jede andere Lobby überbieten und so per Plebiszit ermittelte Bürgerinteressen durchsetzen, allein die meisten Bürger könnten eine derartige Vorgehensweise mit ihrem Gewissen (Abneigung gegen pure Machtpolitik) / ihrer Selbstachtung (Bestechung und Manipulation) nicht vereinbaren, daher scheidet sie wohl aus.

Sehr hilfreich wäre eine weitere **Demokratisierung der Wirtschaft** in allen Bereichen um einen nachhaltigen Paradigmenwechsel in der ökonomischen Zielsetzung der Unternehmen zu erreichen. Nicht der Profit weniger, sondern der Nutzen der größtmöglichen Zahl von Menschen sollte im Vordergrund unternehmerischer Entscheidungen stehen. Zudem sollte die Teilhabe der Mitarbeiter und Kunden die Entscheidungen eines Unternehmens mitlenken.

Auch hier steht die geringe Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger sowie das massive Einnahmeinteresse des Staates und die Profitinteressen der Eigner einer realistischen Chance zur Umsetzung im Wege.

Medial ist die **Befreiung der Medien aus der Steuerung durch Staat, Parteien und Wirtschaft** notwendig. **Das Prinzip der Öffentlichkeit aller Entscheidungsprozesse und Entscheidungen von Medienverantwortlichen in allen Gremien sollte eingeführt werden.**

Die etablierten Medien, Parteien, Staats- und Parteienvertreter, die Wirtschaftslobby und andere Gruppen wie Kirchen und Gewerkschaften werden dies aber wirksam zu verhindern wissen. Bis heute müssen sogar die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht angeben, wer sie mit Spenden und Honorarverträgen unterstützt, da wird man wohl kaum seine Interessen in den Medien offen legen. Schließlich sind die Medien derzeit die wirksamste Waffe der Meinungshoheit und damit der Steuerung der Gesellschaft durch die herrschenden Gruppen.

Allerdings ist es rechtlich und wirtschaftlich möglich **alternative (Online-)Medien wie Internet-TV und Internet-Radio sowie Blogs u.ä.** zu etablieren die nach entsprechenden Regeln arbeiten könnten.

Die **Finanzierung des Staates** stellt ein weiteres Problem dar, für das eine tragfähige Lösung gefunden werden muss. Die Einnahmen (Steuern, Abgaben, Gewinnbeteiligungen, etc.) des Staates (Bund, Länder, Gemeinden) aus Erzeugung, Transport und Verbrauch von Energie stellen einen großen Anteil an den staatlichen Gesamteinnahmen dar. Im Rahmen

einer echten Energiewende würde durch Einnahmeausfälle (z.B. bei Mineralölsteuer, Stromsteuern und- abgaben, Gewinne aus Beteiligungen, etc.) erhebliche Finanzlücken auf allen genannten Ebenen entstehen. Es ist daher notwendig, einerseits über den **notwendigen Finanzbedarf des Staates** und andererseits über entsprechende **alternative Einnahmemöglichkeiten** nachzudenken.

Der deutsche Staat ist durchaus nicht optimal organisiert. Neben der Bundesregierung existieren z.B. 16 Landesregierungen und zahllose weitere Regierungsorganisationen, die nicht selten allein auf historischen Gegebenheiten beruhen und zur effizienten Organisation des Staates in dieser Breite weder notwendig noch nützlich sind. Allein, die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen werden an diesem Zustand ohne Not (wohlgemerkt Not für sie selbst) wenig ändern wollen, ist er doch das Fundament für ihre Macht und ihren Wohlstand.

Es ist daher für unseren Betrachtungsansatz ausreichend, zu wissen, dass **umfangreiche Einsparpotentiale existieren**, die eine Umstellung des Energieversorgungssystems auch finanziell ermöglichen.

Es wäre ohne jeglichen Verlust an Demokratie problemlos möglich, z.B. die Anzahl der Bundesstaaten fast zu halbieren indem man Berlin zu Brandenburg, das Saarland zu Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bremen zu Niedersachsen und aus fünf neuen Bundesländern (bedenkt man, das allein NRW soviel Einwohner hat wie alle neuen Bundesländer gemeinsam) z.B. drei macht.

Da die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auf direktem Wege keine Möglichkeit zur politischen Durchsetzung entsprechender Anpassungen haben, ist eine derartige strukturelle Veränderung **nur über entsprechenden ökonomischen Druck** zu erreichen.

Ein weiterer Lösungsansatz könnte in der **Analyse der Staatsaufgaben** liegen. Der Staat ist in vielfältiger Weise in das wirtschaftliche, Gesellschaftliche und kulturelle Geschehen in unserem Land eingebunden; er verfügt über enormes Vermögen in Form von Grund und Boden, Gebäuden, Rechten, Unternehmensbeteiligungen und Sachvermögen aus dem ihm einerseits Einnahmen zufließen, die ihn andererseits aber auch zur Partei, z.B. in Gesetzgebungsverfahren machen.

Ohne nun in eine umfangreiche Diskussion über den Staat, seine Aufgaben und Ziele einzutreten, ist leicht erkennbar, dass **durch eine stärkere Beschränkung auf seine Rolle als Gesetzgeber und Ordnungsmacht mehr als ausreichende Mittel frei werden, um allfällige Einnahmeausfälle im Zusammenhang mit der Energiewende aufzufangen.**

Zudem wird eine Fokussierung des Staates auch zu finanzieller Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von Steuern und Abgaben führen.

Um es klar zu sagen: Wir brauchen viel weniger Staat und mehr bürgerschaftliches Engagement.

Auch hier ist mit einer (schnellen bzw. weitreichenden) Umsetzung nicht zu rechnen, da weder der Staat noch die Parteien an einer derartigen Entwicklung interessiert sind. Die Bürger sind schlecht und widersprüchlich informiert, unorganisiert und daher wenig engagiert.

Es wäre zudem zu prüfen, **in welchem Umfang eine echte Energiewende tatsächlich finanzielle Belastungen hervorruft.** Auf der einen Seite stehen Arbeitsplatz- und Einnahmeverluste in der traditionellen Energiewirtschaft und Einnahmeverluste des Staates aus Energiesteuern und der rohstoffbasierten Mehrwertsteuer. Andererseits entstehen neue Arbeitsplätze in der alternativen Energiewirtschaft und ihren Zulieferbetrieben, sowie entsprechende Umsätze.

Hinzu treten sinkende Gesundheitskosten, sinkende Umweltschäden, geringere politische und wirtschaftliche Konfliktkosten und mittel- bis langfristig sinkende Energiekosten. **Es ist nicht unvernünftig zu vermuten, dass die Bilanz insgesamt eher zugunsten der Energiewende ausfällt.**

Was nun wäre eine echte Energiewende ?

Sinnvollerweise geht es hierbei darum, rechtzeitig vor Ausfall der fossilen Energieträger (physikalisch, ökonomisch und politisch) und dem Eintritt irreparabler (physikalisch wie ökonomisch) Umweltschäden, die Energieversorgung dieses Planeten vollständig auf erneuerbare Energien (in jeder Form) umzustellen. Gleichzeitig ist dabei die Reduktion des Energieverbrauchs durch optimalen Einsatz von Energiesparpotentialen zu realisieren.

Rahmenbedingungen sind der Erhalt bzw. die Wiederherstellung des inneren und äußeren Friedens und der sozialen Ordnung, der Erhalt der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bei gleichzeitigem Erhalt der Lebensqualität aller Menschen auf unverändert hohem technisch-kulturellem Niveau.

Dies ist möglich, da derzeit weltweit umfangreiche Ressourcen durch Krieg, Bürgerkrieg und Kriegsvorbereitungen gebunden sind. Da derartige Auseinandersetzungen stets auch einen entscheidenden ökonomischen Hintergrund haben, könnte theoretisch durch Verlagerung der Profitmöglichkeiten weg von Rüstungs- und Waffenexportwirtschaft hin zu einer Energiewende-Wirtschaft, eine politisch und ökonomisch verbesserte stabile Weltordnung mit deutlich verringertem Konfliktpotential entstehen.

Ein gutes Beispiel für einen derartigen Paradigmenwechsel ist die Raumfahrtindustrie der USA in den 1960er Jahren, die als Erfüllungsgehilfe der von Kennedy vorgegebenen Zielsetzung der Erreichung des Mondes binnen 10 Jahren, eine erhebliche Umlenkung der Kapitalflüsse in den USA bewirkte.

Da der Engpass in der Entwicklung der Menschheit stets die Energiefrage war und ist, läge hier zudem die Möglichkeit zu einem qualitativ weiterführenden Schritt in der Entwicklung der Menschheit. Die Potentiale der erneuerbaren Energien lassen dies wirtschaftlich und technisch zu. Billige und saubere Energie für jedermann überall auf der Welt schüfe eine friedlichere Welt des Wohlstandes für große Teile der Bevölkerung.

So utopisch es sich auch anhören mag, aber eine wirkliche Energiewende könnte der ganz reale Einstieg in diesen alten Menschheitstraum sein.

Wie aber kommen wir heute weiter ?

In der parlamentarischen Parteiendemokratie ist es unumgänglich, Mehrheiten zu organisieren. Der gemeine Abgeordnete hat eine klare Verhaltensleitlinie für sein Abstimmungsverhalten:

- a) sein Abstimmungsverhalten muss **ihm** nützen (Karriere, Geld, Macht) und darf ihm nicht schaden (Wiederwahl, Verlust von Macht, Einfluss und oder Geld)
- b) sein Abstimmungsverhalten muss **seiner Partei** nützen (Macht, Spenden und Zuwendungen) und darf ihr nicht schaden (Machtverlust, Wählerstimmen, Spendenverluste)
- c) sein Abstimmungsverhalten muss **seinen Geldgebern** nützen und darf ihnen nicht schaden
- d) sein Abstimmungsverhalten muss **seinem Wahlkreis** (Arbeitsplätze, Subventionen) nützen und darf ihm nicht schaden
- e) es wäre schön wenn auch **der Wähler** was davon hat

Die Parteien / der Staat organisieren Mehrheiten auf der Basis von Manipulation (Überzeugungsarbeit, Karriere, Ämter) und Zwang (Fraktionszwang, Wiederwahl).

Lobbys organisieren Mehrheiten durch Überzeugungsarbeit (Spenden, Honorare, Zuwendungen, Jobs, etc.) und Manipulation (Gutachten, Forschungsergebnisse, [vermutl. auch Erpressung]etc.).

Wenn also eine Mehrheit für eine echte Energiewende zustande kommen soll, so müssen **entsprechende Einwirkungsmöglichkeiten** entwickelt werden.

Um die **Lobbys der Energiewirtschaft** zu gewinnen wäre es notwendig, Alternativen zu entwickeln, welche der Energiewirtschaft / ihren Investoren langfristig vergleichbare Gewinnerzielungsmöglichkeiten einräumt.

Die **Parteien / der Staat** werden einer echten Energiewende nur zustimmen, wenn die zu erwartenden Einnahmeausfälle kompensiert werden können oder die Ausgabenseite entsprechend reduziert werden kann, ohne die o.g. Risiken einzugehen. (z.B. durch Wegfall von Subventionen und Spenden)

Der **einzelne Abgeordnete** wird einer Energiewende nur zustimmen, wenn dies im Rahmen seine Prioritätenhierarchie (siehe oben) widerspruchsfrei möglich ist.

LÖSUNGEN

Das hört sich erst mal an wie die Quadratur des Kreises, kann aber möglicherweise Schritt um Schritt aufgelöst werden.

Beginnen wir mit der **Energiewirtschaft**. Hier könnte die Lösung in einer Rollenveränderung der Energiewirtschaft liegen.

Das bisherige Geschäftsmodell sieht im Wesentlichen so aus:

1. Rohstoffe (Öl, Gas, Kohle, Uran, etc.) erwerben (Kauf oder Abbau)
2. Rohstoffe bearbeiten oder verwerten
3. veredelte Rohstoffe oder Energie verkaufen

Das neue Modell könnte wie folgt aussehen:

1. Energie erzeugen / kaufen
2. Energie speichern / managen
3. Energie verteilen / managen
4. Energie verkaufen
5. „Premium-Rohstoffe“ verkaufen

Die Lösung für **Staat und Parteien** könnte wie folgt aussehen:

Hier kann es nicht allein um die Lösung des Energieproblems gehen, denn ebenso wenig wie das Problem eindimensional ist, kann es die Lösung sein. Der Staat wird sich also ändern müssen. Dies ist naheliegend, denn mit einer Demokratie Baujahr 1949 lassen sich die Probleme eines modernen Industriestaates in einer globalisierten Welt nicht lösen.

Allerdings kann diese Veränderung nur bedingt von Bundes- oder Landesregierungen kommen, denn Staatssysteme neigen dazu sich selbst zu stabilisieren, selbst dann, wenn die Lebensumstände ihrer Bürger weit schlechter sind als dies bei uns derzeit der Fall ist. Die Sowjetunion ist hier ein ebenso prägnantes wie übles Beispiel. 70 Jahre lang hat sich dort ein Staatssystem halten können, das seinen Bürgern einen miserablen Lebensstandard, massive Repression mit Kerker, Mord und Totschlag, übelste Heuchelei, permanente Zensur, obrigkeitliche Doppelmoral und allgemeine Reiseverbote zugemutet hat.

Es ist daher notwendig, dass die Bürger sich im ersten Schritt zweck-/ zielorientiert organisieren, um den Staat systematisch zu reformieren. Dies werden die Bürger nur leisten, wenn sie konkrete Einwirkungsmöglichkeiten haben und ihre Entscheidungen verbindlich sind. Es ist mithin notwendig, transparente und demokratische Kommunikations- und Entscheidungs-Strukturen zu schaffen, die partei- und lobbyfern sachorientierte Lösungen erarbeiten und beschließen können. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Parteien und Lobbys ein derartiges Vorhaben zwecks Erhalt ihrer Macht und ihrer Einnahmen zuerst massiv bekämpfen werden. Sollte dies erfolglos sein, werden sie versuchen die neuen Strukturen zu infiltrieren. Für beide Aktivitäten müssen entsprechende Gegenstrategien geplant werden. **Die wirksamste Gegenmaßnahme wird vermutlich vollständige Transparenz sein.**

Was real unter dem Deckmantel des Dienst-, Bank- oder Berufsgeheimnisses, von Staats-, Amtsgeheimnissen und was da sonst noch alles an Geheimniskrämerei betrieben wird, die angeblich dem Schutz der Privatsphäre des Einzelnen oder des Staates dient, an kriminellen Machenschaften vonstatten geht, ist allenthalben in den Medien zu finden. Der Staat selbst setzt sich (siehe NSA et al.) über jegliche Geheimhaltung hinweg, bleibt also nur noch der amtlich dumm gehaltene Bürger. Was also hindert uns daran, Waffengleichheit herzustellen und die Geheimnis-Scheuklappen abzunehmen und die Welt so zu sehen wie sie ist. Vielleicht nicht immer angenehm aber als mündige Staatsbürger sollten wir der Wahrheit ins Gesicht sehen anstatt uns weiterhin von Staat, Wirtschaft und Medien für dumm verkaufen zu lassen.

Insofern bedarf es noch vieler Assanges und Snowdens.

Wenn sich also Staat, Parteien und Wirtschaft nicht mehr hinter Geheimhaltung und Verschwiegenheit verstecken können, kann eine Reform des Staates mit Erfolg angegangen werden.

Zudem muss ein Bildungsangebot für Jugendliche (in der Schule) und für Erwachsene (VHS ö.ä.) geschaffen werden, das deren Kenntnisstand auf ein adäquates Level bringt. Wenn wir ein Parlament, einen Gerichtssaal, eine Versicherungsagentur oder eine Bank betreten, sind wir mehrheitlich Laien.

Es ist eine Merkwürdigkeit, dass in einem Rechtsstaat wie dem unseren, kein Hauptfach „Recht“ in den Schulen unterrichtet wird. Was ist das für ein Rechtsstaat, dessen Bürger das Recht und die Apparatur der Rechtsprechung nicht kennen, dem sie unterfallen. Ebenso wenig finden wir in unserem Land, das zu den wirtschaftlich stärksten der Welt gehört, ein Fach „Finanzierung & Geldanlage“ gleichwohl dies die zentralen Kenntnisse sind, die für den wirtschaftlichen Erfolg des Bürgers wesentlich sind.

Es gibt zwar ein Fach Politik, jedoch befasst es sich im Wesentlichen mit der Darstellung von politischen Systemen und deren Mechanik, nicht jedoch mit der konkreten politischen Praxis der Entscheidungsvorbereitung und -findung. Wenn wir einer Partei beitreten, sind wir auch hier als Laie unterwegs und lernen reale Politik „auf die harte Tour“.

Das Ziel ist hierbei nicht jeden Bürger zu Rechtsanwalt, Banker und Politiker zu machen, sondern einen Kenntnisstand zu erreichen, der es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich selbstbewusst in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu bewegen.

Daher wäre der neue Kanon der schulischen Hauptfächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Politik, Recht, Wirtschaft (Finanzierung & Geldanlage), EDV.